

Zu Gast im Knast

Zwei kolumbianische Politiker lernten in Berlin den deutschen Rechtsstaat kennen – in Theorie und Praxis

VON WIEBKE HOLLERSEN

Sie waren im Bundeskanzleramt, Sie haben Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes getroffen. José Burgos und Camilo Castro, Politiker aus Kolumbien, sind in Berlin, um das politische System Deutschlands kennen zu lernen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sechs Kolumbianer zu dem Programm eingeladen. Es geht besonders um den deutschen Rechtsstaat.

José Burgos und Camilo Castro haben seit Dienstag eine Art Bildungsvorsprung: Sie haben den deutschen Rechtsstaat auch in der Praxis kennen gelernt. „So hätten wir uns das nie vorgestellt. Schockierend“, sagt Burgos. Er ist persönlicher Sekretär des Innen- und Justizministers seines Landes.

Der Praxistest war nicht geplant. Eigentlich wollten die beiden 30-Jährigen nach einem Tag voller Vorträge nur ein wenig einkaufen gehen. Kurz nach 21 Uhr standen sie im Saturn-Markt im Europa-Center an der Kasse. „Ich bezahlte Videospiele und einen Adapter für mein Handy. Mein Kollege wollte ein Autoradio kaufen“, sagt Burgos. Als Camilo Castro zahlen wollte, mit einem 500-Euro-Schein, den er in Kolumbien gewechselt hatte, wurden die Männer von zwei Sicherheitsleuten in einen Raum geführt. „Es kamen zwei Polizistinnen in Uniform, noch zwei Männer und



500-Euro-Frage: José Burgos (l.) und Camilo Castro mit dem verdächtigen Schein. Er ist am Rand beschädigt.

drei Frauen“, sagt Burgos. Zwei Männer waren Polizisten in Zivil. „Wir mussten uns vor allen neun ausziehen. Eine Kamera filmte“, sagt Burgos. Dass der Falschgeld-Detektor der Kasse Alarm geschlagen hatte, wussten die Männer danach nicht. Sie sagen, dass sie es auch nicht erfuhren, als die Polizei

sie in Handschellen zu einer Wache brachte und in Einzelzellen sperrte. Die Polizisten sprachen deutsch und wenig englisch, sagen die Kolumbianer, die kein Deutsch und kaum Englisch verstehen. Sie bekamen keinen Übersetzer und durften niemanden anrufen – obwohl sie ihre Einladung der Stiftung zeig-

ten. Burgos zeigte auch seinen Ministeriumsausweis aus Kolumbien. „Beim Anfangsverdacht einer Straftat ist das egal“, sagt Polizeisprecher Bernhard Schodrowski. Der Verdacht habe sich auf den Alarm des Prüfgeräts begründet und darauf, dass die Männer „mehrere Geldscheine, zum Teil gestempelt“ dabei hatten. Das stehe im Bericht seiner Kollegen, sagt der Polizeisprecher. Dem Bericht zufolge sei „alles nach Sachlage in Ordnung“ verlaufen. Bei der Leibbesichtigung sei keine Frau im Raum gewesen, die Kamera sei Sache des Geschäfts. Die Polizisten haben den Kolumbianern alles in Englisch erklärt. Warum durften die Männer niemanden anrufen? „Verdächtige können Mittäter warnen.“ Warum gab es keinen Übersetzer? „Den muss man um die Zeit erstmal finden.“ Eine Kollegin vom Landeskriminalamt habe die Geldscheine geprüft. Sie waren echt, die Stempel stammten aus der Wechselstube.

Kurz nach Mitternacht habe man die Männer entlassen, sagt der Polizeisprecher. „Es war morgens um zwei“, sagt José Burgos. „Was, wenn das einem Touristen passiert?“ Sie hätten immerhin Unterstützung durch die Adenauer-Stiftung, die hat eine Entschuldigung von Innensenator Erhart Körting (SPD) gefordert. Körting will sich zum Fall nicht näher äußern, bedauert aber, „dass die Kolumbianer Deutschland vielleicht in schlechter Erinnerung behalten“. Auch die Polizei bedauert Unannehmlichkeiten, will sich aber „auf gar keinen Fall“ entschuldigen.

Der Saturn-Markt hat das längst getan – und den beiden jungen Politikern Gutscheine überreicht. Über jeweils 500 Euro.



STADTBILD

Kolumbien? Alles klar

MARIN MAJICA

über das, was von der Weltoffenheit bei der WM erhalten geblieben ist.

Vor einem Jahr war die ganze Welt in Berlin zu Gast, die waren Deutschlands Freunde und alle Deutschen ihre. Alles war so schön bunt, dass die Bewohner aller Herren Länder einander völkerverständig in den Armen lagen. Die Menschen brauchten nicht viele Worte, man erkannte sich an seinen Trikotfarben, alle entdeckten Brüder und Schwestern ineinander, anders und doch ähnlich. Man lachte und bangte gemeinsam, das geht über Sprach- und Kulturgrenzen hinweg. Das ist Fußball.

Es ist möglicherweise solchen Erfahrungen geschuldet, dass Berliner Polizisten angeben, sie hätten sich selbstverständlich mit zwei Kolumbianern verständigen können, als sie diese in einem Elektronikmarkt antrafen. Zwei Kolumbianer, deren 500-Euro-Schein an der Kasse aufgefallen war. Auch eine Situation, wo offenbar nicht viele Worte nötig waren. Kolumbianer, Falschgeld, mein Gott, da muss man doch kein Spanisch und kein Englisch können, um die Lage einzuschätzen. Und um den Herren zu erklären, dass und warum sie sich jetzt mal bitte nackt ausziehen sollen. Vor einem knappen Dutzend Beamten und einer Videokamera. Das ist Rechtsstaat.

Die Polizei sagt, es habe einen Anfangsverdacht gegeben, dem sie nachgehen musste. Da sich der Vorfall abends ereignete, sei nicht sofort ein Übersetzer zur Hand gewesen. Das mag stimmen. Trotzdem bleibt der Eindruck, dass die hochnotpeinliche Situation schneller hätte aufgeklärt werden können. Es hätte sich nur jemand weniger auf wortloses Verstehen verlassen müssen.

Flughafen Finow darf nicht wachsen

Gemeinsamer Landesplan

Der Großflughafen Berlin-Brandenburg International soll sich möglichst ohne Konkurrenz aus der Region entwickeln können. Daher darf der Regionalflughafen Eberswalde-Finow nicht ausgebaut werden. Darauf haben sich die beiden Länder Berlin und Brandenburg am Freitag auf der gemeinsamen Landesplanungskonferenz geeinigt.

In Finow sollen wie bisher Maschinen von maximal 14 Tonnen Gewicht starten und landen dürfen, sagte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) nach der Sitzung. Damit ist ausgeschlossen, dass sich dort Billigflieger ansiedeln können. Die Finow-Betreiber hatten schon entsprechende Erweiterungsanträge gestellt. Die Entscheidung wird in das neue Landesentwicklungsprogramm und den neuen Landesentwicklungsplan einfließen, sagte Wowereit. Ebenso die Festlegung, dass auch den Cottbusser Flughafen keine schwereren Maschinen, die Höchstgrenze ist 30 Tonnen, anfliegen dürfen. Außerdem sollen große Einkaufszentren, ein alter Streit zwischen Berlin und Brandenburg, nur noch in festgelegten Zentren entstehen. Diese wurden in Brandenburg von 153 auf 54 Zentren reduziert.

Die Einigung auf die gemeinsame Landesplanung sei ein Beleg für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Ländern, sagte der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD). (tom.)

NACHRICHTEN

Aubis-Manager ist noch nicht fit fürs Gericht

Der ehemalige Aubis-Manager Christian Neuling ist weiterhin verhandlungsunfähig und muss vorläufig nicht vor Gericht erscheinen. Dies ist das Ergebnis eines neuen psychiatrischen Gutachtens. Neuling soll unter Depressionen leiden. Ein Prozess gegen ihn wegen Betruges zu Lasten einer Tochter der Bankgesellschaft war deshalb im April 2006 geplatzt. Trotz Verhandlungsunfähigkeit lief er im September beim Berlin-Marathon mit. (sd.)

Auto drückt Frau durch Schaufensterscheibe

In Wilmersdorf ist am Freitag eine 67-jährige Frau von einem Auto durch eine Schaufensterscheibe eines Küchengeschäfts gedrückt worden. Bei dem Unfall am Hohenzollerndamm erlitt sie Kopfverletzungen, Schnittwunden und Knochenbrüche. Laut Polizei wollte der 93 Jahre alte Autofahrer aus Schöneberg seinen Wagen am Fahrbahnrand einparken. Er trat versehentlich aufs Gaspedal. Das Auto fuhr über den Gehweg und erfasste die Frau. (kop.)

Verdi droht mit Streiks im Einzelhandel

Die Gewerkschaft Verdi droht mit Warnstreiks im Berliner Einzelhandel. Nachdem auch die zweite Runde der Tarifgespräche am Freitag ohne Ergebnis zu Ende gegangen ist, hätten die Gewerkschaften kaum eine andere Wahl, sagte Verdi-Verhandlungsführerin Erika Ritter. Verdi fordert 6,5 Prozent mehr Lohn für die Beschäftigten und einen Mindestlohn von 1 500 Euro für alle Vollzeitkräfte im Einzelhandel. (dpa)

Linke fordert Hauptstadtgesetz

Der Bund muss sich aus Sicht der Linken auch finanziell zu seiner Verantwortung für die Hauptstadt bekennen. Dazu legen die Links-Fraktionen aus Bund und Land am Freitag Eckpunkte für ein Hauptstadtgesetz vor. Gefordert wird, dass der Bund 90 Prozent der hauptstadtbedingten Kosten trägt. (dpa)

die sparkasse haben wir leider nicht bekommen. wir tun dennoch etwas gutes für berlin |

MIT DEM KOSTENLOSEN GIROKONTO UND JETZT 100 EURO EXTRA-STARTGUTHABEN.*

ideen nach vorn |

COMMERZBANK

kostenloses girokonto mit 100 € extra-startguthaben nur bis 31. august 2007

Ein unschlagbares Angebot, natürlich auch für alle Kunden der Berliner Sparkasse: Eröffnen Sie jetzt das kostenlose Girokonto in Ihrer Berliner Commerzbank Filiale – und sichern Sie sich noch bis 31.08.2007 das exklusive Extra-Startguthaben in Höhe von 100 Euro. Mehr als 230.000 Kunden in der Hauptstadt haben sich schon für die Commerzbank entschieden. Wann dürfen wir Sie überzeugen? Mehr Informationen in jeder Berliner Commerzbank Filiale oder telefonisch.

0180 2 10 20 40 (6 Cent/Anruf) |

* Kostenloses Kontoführung, nur für private Nutzung bei einem monatlichen Geldzugang ab 1.200 Euro. Extra-Startguthaben von 100 Euro nur einmalig bei Neuöffnung bis zum 31.08.2007 und nach erstmaligem Geldzugang exklusiv in jeder Berliner Commerzbank Filiale. Angebot freibleibend.